

## **Bundeskonzferenz des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte**

Die 5. Bundeskonferenz des Bündnisses fand dieses Jahr in Mannheim statt. Es nahmen circa 20 Kolleg\*innen aus über 10 Städten teil. Es wurde auch ein neues Sprecherteam gewählt. Die neuen Sprecherinnen sind Clarissa Haziri-Hagner (Stuttgart), Dr. Claudia Liehr-Molwitz (Hamburg) und Hedwig Schulte (Düsseldorf). Die Lokalgruppen und die einzelnen AGs berichteten über ihre Arbeit. Es wurde über die Agenda des Bündnisses fürs nächste Jahr und über das Verhältnis zu Gewerkschaften gesprochen.

Thema waren auch die Finanzen vom Bündnis daf-daz-Lehrkräfte: Ein **Spendenaufwurf** an alle lokalen Gruppen läuft gerade. Hier sind einige Ausgaben, wofür das Bündnis daf-daz-Lehrkräfte immer wieder Geld braucht:

- Bahntickets zu politischen Gesprächen in Berlin, in Nürnberg und anderswo;
- Teil-Ersatz für Honorarausfall bei Terminen zu politischen Gesprächen;
- Erstellung und laufende Kosten der Bündnis-Webseite inkl. Kauf von Fotorechten;
- Flyer und Visitenkarten des Bündnisses;
- Raummieten für Bündniskonferenzen.

Zudem übernimmt das Bündnis daf-daz-Lehrkräfte die Kosten einer Strafzahlung für die Anwendung auf dem Blog eines copy-right-geschützten Bildes.

Bitte sammelt in Eurer Lokalgruppe oder in Eurer Institution und schreibt Hedwig Schulte (sprecherteam@dafdaz-lehrkräfte.de) an, um die Bankverbindung zu bekommen. Ein herzliches Dankeschön dafür.

Ein weiteres wichtiges Thema war auch die bei einigen Trägern stattfindende **Stundenreduzierung**, die besonders Dozent\*innen betrifft, die viele Stunden und seit langer Zeit unterrichten. Auf Anfrage geben die bei den Einrichtungen zuständigen Personen oft als Grund an, dass es nicht genug Kurse gebe. Aber gleichzeitig werden neuen Kolleg\*innen übernommen. Es ist noch nicht klar, wie breit dieses Phänomen ist und ob es sich dabei um einzelne Initiativen handelt, oder aber um eine Linie der Träger, die Angst vor den Kontrollen durch die DRV (deutsche Rentenversicherung) haben.

Das Bündnis daf-daz-Lehrkräfte will auf der eigenen Web-Seite darüber berichten. Bitte schreibt uns, wenn bei euch solche Stundenreduzierungen stattfinden:

sprecherteam@dafdaz-lehrkräfte.de

Danke.

## **Hamburger "Tribunal Weiterbildung" am 27.11.19**

Am 27. November 2019 fand in Hamburg eine von der dortigen GEW und vom Bündnis daf-daz-Lehrkräfte organisierte Podiumsveranstaltung „Tribunal Weiterbildung. Working poor für Lehrkräfte unter staatlicher Regie: Bestandsaufnahme – Was kann Hamburg tun?“ statt, an der ca. 50 Kolleg\*innen teilnahmen. An der Diskussion beteiligten sich u.a. Vertreter\*innen der SPD, Grünen, CDU und Linke sowie ein Wissenschaftler vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE).

Das Tribunal Weiterbildung begann mit einigen Aussagen von Lehrkräften über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Einnahmen, die deutlich machten, wie dramatisch die Situation in diesem Sektor des Bildungswesens ist.

Dr. Andreas Martin (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung) lieferte Rahmendaten aus seinen wissenschaftlichen Untersuchungen: In der Weiterbildung arbeiten mit knapp 700.000 Beschäftigten bundesweit, etwa so viele Menschen wie im Schulwesen, für die Hälfte von ihnen ist es die Haupterwerbsquelle. Etwa drei Viertel der Lehrkräfte in der Weiterbildung arbeiten als Honorarkräfte, es gibt viele Scheinselbstständige und Menschen, die ihre Sozialversicherungen nur unzureichend oder gar nicht bedienen können. Obwohl gut 70% der Beschäftigten in der Weiterbildung Akademiker\*innen sind, sind die Einkommen im Schnitt niedrig.

Die Hamburger Fachpolitiker\*innen waren sich einig, dass die Weiterbildung in der letzten Legislaturperiode zu wenig bis gar nicht im Fokus der Politik war. Sie kündigten einige Initiativen an, damit das in der nächsten Legislaturperiode anders wird.

Anschließend wurden die Forderungen für die Weiterbildung vorgestellt, die das Bündnis daf-daz-Lehrkräfte und die GEW der Hamburger Politik stellen. Die Positionen der beiden Gruppen stimmen weitgehend überein. Dazu gehören eine Bundesratsinitiative für eine Tarifbindung bei öffentlich geförderten Aufträgen und Bildungsmaßnahmen, das Hamburger Tariftreue und die Erhöhung der Honorare der arbeitnehmerähnlich Lehrkräfte von jetzt knapp 30 auf 38 € und - als langfristiges Ziel - die Überführung in sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverhältnissen.

Am Schluss wurde die Hamburger Politik aufgefordert, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich bei der Weiterbildung nicht vorwiegend um Hobbykurse handelt, sondern um hochprofessionelle Lehrtätigkeit in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung entsprechen in Hamburg wie anderswo weder der Bedeutung der Tätigkeit noch der Qualifikation der Lehrkräfte.